

## **Begründung:**

### **Zur Geschichte der Stadt Marl**

Mehrere erheblich ältere Orte wurden im Laufe des 19. Jhs. zur Bürgermeisterei Marl zusammengeführt. Bis zum Ende des 19. Jhs. bildete vor allem die Landwirtschaft die wirtschaftliche Grundlage im späteren Stadtgebiet, von erheblicher Bedeutung waren zudem die Leinweberei und auch die Herstellung von Papier sowie – in bescheidenerem Umfang – das Kleingewerbe. Mit dem Einsetzen der Kohleförderung am Ort um 1899/1900 (Zeche Auguste-Victoria) wuchs dem Bergbau sehr rasch die dominierende Rolle im Wirtschaftsleben zu. Der daraus erwachsene Zuzug von Arbeitskräften zeigt sich eindrucksvoll in den Bevölkerungszahlen: Lebten um 1895 ca. 4.700 Menschen im Gebiet von Marl, waren es im Jahr der Stadterhebung 1936 ungefähr 33.000 Personen. Zehn Jahre zuvor hatte es vier Eingemeindungen gegeben.

1938 erfolgte die Ansiedelung der „Chemischen Werke Hüls“, in denen kriegswichtiger, synthetischer Kautschuk hergestellt wurde. Damit setzte sich die Chemische Industrie als Leitindustrie an die Spitze der die Stadtentwicklung Marls bestimmenden Industriezweige. Hatte bereits die Ansiedelung von Arbeitskräften im Bergbau starken Einfluss auf die Entwicklung der Siedlungstätigkeit genommen, so verstärkte sich dies durch den Wohnbedarf der Werkstätigen in den chemischen Betrieben. Für sie wurde 1938 bis 1942 die „Bereitstellungssiedlung“ errichtet (seit 2003 eingetragenes Denkmal).

Insbesondere durch den Zuzug von Flüchtlingen und Vertriebenen konnte das stark zerstörte Marl seine Einwohnerschaft nach Ende des Zweiten Weltkriegs sehr schnell vergrößern. In der frühen Wiederaufbauzeit expandierte die Stadt Marl weit über den Bundes- und Landesdurchschnitt hinaus: Die Einwohnerzahl stieg von ca. 52000 im Jahre 1945 auf über 83000 im Jahre 1957. Die beeindruckende Wirtschaftsentwicklung verlangsamte sich erst mit dem Einsetzen der Kohlekrise Ende der 1950er Jahre. Ab dem Ende der 1960er Jahre war schließlich eine Stagnation zu verzeichnen, die sich auch in der Bevölkerungszahl niederschlug. Seit der kommunalen Neugliederung 1975 wohnen ca. 92.500 Menschen in Marl, das damit eine Größenordnung erreicht hat, die sich fast bis heute erhalten hat.

Das Projekt des Rathausbaus spiegelt in beeindruckender Weise den ökonomischen Aufstieg der Stadt, aber auch den Umschwung in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre. Spürbar wird das Erreichen von Grenzen durch den Verzicht auf zwei der ursprünglich vier geplanten Bürotürme, denn nach dem ursprünglichen Konzept hatte man das Rathaus – unter Einplanung sukzessiver Erweiterbarkeit gerade der Bürotürme – auf eine Stadt von 150.000 Einwohnern hin ausgelegt.

### **Stadtentwicklungsplanung**

Ein erster Stadtentwicklungsplan wurde um 1925 von Philipp Rappaport festgeschrieben („Industriestadt im Grünen“). Im Zusammenhang mit der Schaffung der chemischen Industrie waren 1938 weitere städtebauliche Konzepte zum Tragen gekommen.

Ab Mitte der 1950er Jahre entwickelte der Architekt und Städteplaner Dr.-Ing. Günther Marschall unter Förderung von Bürgermeister Rudolf Heiland das Konzept aus den 1920er Jahren in seinem Leitplan weiter. Hauptmerkmal des Leitplans waren die Bestrebungen, eine gegliederte und aufgelockerte Stadt mit einer großen Bedeutung der Erholungs- und Grünflächen zu schaffen. Im Norden, strikt getrennt von den Wohngebieten, war die Industriezone angesiedelt. In der Mitte war die Wohnzone mit der angestrebten „Grünen-City“ vorgesehen. Hier sollte der neu zu schaffende ideelle Mittelpunkt für die verschiedenen Ortsteile entstehen. Im Süden war eine Grünzone geplant. Marschall war es wichtig, dass alle Zonen von einem Grüngürtel umgeben sein sollten. Innerhalb der Stadt erstreckte sich die innerstädtische Hauptverkehrsachse von West nach Ost. Davon zweigen breite Durch-

fahrtsstraßen nach Norden und Süden ab und bilden somit die Querverbindungen zu und in den Wohnbereichen.

Charakterisiert werden sollte der Stadtmittelpunkt – die sogenannte „Grüne City“ – durch die baulich verkörperte funktionale Dominanz von kulturellen und sozialen Institutionen.<sup>1</sup> So eröffneten 1953 das Theater, 1955 sowohl die „Insel“, das erste eigenständige Volkshochschulgebäude Deutschlands (Arch.: Dr. Marschall / jetzt Grimme-Institut, seit 2000 eingetragenes Denkmal), als auch das Doppel-Gymnasium ASG / GSG (Arch.: Gebr. Conle) und 1956 sowohl die Paracelsusklinik (Arch.: Hebebrand) als auch das Amtsgericht. Als Inbegriff einer modernen „Stadtkrone“ – wie man es damals nannte – wurde dazu schließlich das Rathaus errichtet. Marl wandte sich für diese Stadtentwicklungsplanung ganz bewusst der Moderne zu und versuchte, ihr auch architektonisch entsprechend Ausdruck zu verleihen. Das Stadtbaukonzept wurde damals viel beachtet und als fortschrittlich bzw. vorbildlich angesehen.

Die Stadtentwicklungsplanung der 1950er Jahre ist im Ortsbild sichtbar prägend und heute noch – ungeachtet von nicht unerheblichen Störungen in den 1970/80er Jahren – in Teilen ablesbar, z. B. nördlich der Hervester Strasse, der Josefa-Lazuga-Strasse und der Bergstrasse.

<sup>1</sup> Christoph Neubauer: Marl, in: Städte und Gemeinden in Westfalen 8, Die Emscher-Lippe-Region, Stadt Bottrop, Stadt Gelsenkirchen, Kreis Recklinghausen, Münster 2002, S. 183 – 199, hier S. 196

## **Baugeschichte des Rathauses**

Vor dem Hintergrund des anspruchsvollen Bauprogramms, das den ideellen Mittelpunkt der Stadt inszenieren sollte, muss die Suche nach der architektonischen Ausdrucksform des Rathauses gesehen werden, die im August 1957 mit dem Beschluss zur Auslobung eines Wettbewerbs begann. Zu dem beschränkten Wettbewerb wurden zwölf, sämtlich der modernen Architektur verpflichtete Architekten bzw. Büros, eingeladen. Es handelte sich dabei ausschließlich um renommierte Planer aus dem In- und Ausland. Mit Ferdinand Kramer, Sep Ruf, Bernhard Pfau, Hans Schwippert, Rudolf Schwarz und Hans Scharoun nahmen exponierte bundesdeutsche Vertreter teil. Aus der Region stammten die Gebrüder Conle (Duisburg) und Günther Marschall (Marl), deren Qualifikation durch frühere Bauten in Marl außer Frage stand. Hochrangige europäische Architekten waren mit Alvar Aalto (Finnland), Arne Jacobsen (Dänemark) und Johannes Hendrik van den Broek & Jacob Berend Bakema (Niederlande) vertreten. Aus der DDR wurde Otto Englberger eingeladen.

In der Auswahl der Teilnehmer wird der hohe Anspruch des Wettbewerbs deutlich. Die gleichfalls mit hochkarätigen Vertretern des modernen Städtebaus sowie des neuen Bauens besetzte Jury – bestehend aus Ernst May, Konrad Rühl, Ben Merkelbach (Niederlande), Werner Hebebrand und Rudolf Hillebrech – vergab im Februar 1958 den 1. Preis einstimmig an das Büro van den Broek & Bakema. Prof. Hans Scharoun erhielt den zweiten Preis.

Das Siegerbüro des auch international beachteten Wettbewerbs hatte ein Konzept vorgelegt, bei dem die einzelnen Funktionen verschiedenen, ganz unterschiedlich gestalteten Baukörpern zugewiesen wurden. In spannungsreichem Verhältnis gruppieren sich diese Bauten unter Verzicht axialer oder symmetrischer Bezüge zueinander. Das Ämtergebäude mit viel Publikumsverkehr (Zentralgebäude C) ist ein ausgedehnter Flachbau, der von vier Bürotürmen (D, E, x, y) mit den Verwaltungsräumen umstanden werden soll. Die sechs- bis elfgeschossigen Türme weisen eine neuartige Gestaltung auf, die aus der innovativen Bauweise der Hängekonstruktion resultiert. Auf einer erhöhten Plattform im Südwesten erhebt sich der Repräsentationstrakt (A) mit den Sälen unter einer weitgespannten Faltdachkonstruktion. Der Repräsentationstrakt wird auf zwei Seiten von dem Gebäude der „Obersten Organe“ (B) flankiert. Alle Bauteile sind durch Wege miteinander verbunden. Im Nordosten ist ein zweigeschossiges, L-förmiges, flachgedecktes Polizeigebäude vorgesehen.

Die Jury lobte explizit das städtebauliche Konzept, die Baugruppengestaltung mit der Auflösung der Baumassen in vier Bürotürme und die „feinsinnige Differenzierung“ der Baukörper sowie das Verkehrswegekonzept.

Nach einstimmigem Ratsbeschluss vom April 1959 ging der Planungsauftrag an das Büro van den Broek & Bakema. Ab Juli 1960 wurde eine zweigeschossige Variante der Türme als Baubüro (I) der ausführenden Firma Hochtief AG aus Essen errichtet. Es handelt sich bei dem „Versuchsbau“ um die jetzige Kinderbücherei. Die Grundsteinlegung des eigentlichen Rathauses fand am 10.11.1960 statt.

Der erste Bauabschnitt umfasste den Bau des Sitzungstraktes (A), der zweite Bauabschnitt das Zentralgebäude (C), die zwei kleineren Türme (D, E) sowie die Fundamente der beiden übrigen Türme (x, y). Am 27. Januar 1964 fand das Richtfest für den zweiten Bauabschnitt statt. Am 4. Mai 1964 wurde die Einweihung des Ratstraktes begangen. Im Sommer 1964 konnte man den Vorplatz (H) herstellen und das Uhrengestell im Wasserbecken ausführen. Ab Mitte 1964 wurden die Fassadenelemente an den Türmen angebracht. 1967 erfolgte der Beschluss, den dritten Turm aufgrund fehlender Finanzmittel nicht mehr zu errichten. Ende 1974 gab es noch eine verwaltungsinterne Prüfung zur Vervollständigung des Rathauskomplexes. Es wurde jedoch aus finanziellen Gründen darauf verzichtet. Auch das Polizeigebäude wurde nicht erbaut. Die beiden realisierten Türme (D, E) konnten im Februar und April 1966 bezogen werden. Das Zentralgebäude (C) wurde 19. Juli 1967 eingeweiht.

Nach der Fertigstellung traten bereits recht bald erste Bauschäden auf. Ein Teil ist auf den Einsatz neuartiger Kunststoffe zurückzuführen, der seitens der Stadt als Standort der Chemischen Industrie gewünscht worden war. Schon Ende 1968 musste ein Teil des L-förmigen Flügels (B) um den Sitzungstrakt neu eingedeckt werden. 1970 gab es weitere Schäden an den Dächern des L-Flügels (B) und des Zentralgebäudes (C), viele Fenster in den Türmen (D, E) waren nicht wind- und wasserdicht. 1970 erfolgte eine Sanierung der beiden Innenhöfe im Zentralgebäude (C). Das Erdgeschoss des Sitzungstraktes (A) – ursprünglich als Verkehrsbüro vorgesehen – wurde ab 1979 als Museum genutzt. Dieses Museum erfuhr 1981 eine Erweiterung um das Restaurant „Ratskeller“ im Kellergeschoss. Zwischen 1985 und 1987 wurden die Räumlichkeiten nochmals erweitert, indem man um das ehemalige Verkehrsbüro einen weiteren Glaskasten (Namensgeber) im Erdgeschoss herum baute. 1981 wurden schwerere Schäden an den Balkenköpfen der Verwaltungstürme (D, E) festgestellt. Die Bewehrung war korrodiert und durch Ablösung der Betonschicht waren die Balkenköpfe zu rund 85 % zerstört. Anfang 1986 setzten Sanierungsarbeiten am Turm 2 ein, Ende 1986 an Turm 1. Zur Ertüchtigung der innovativen Hängekonstruktion wurde eine zweite innenliegende Aufhängung angebracht, welche die erste Konstruktion entlastete und einen neuen Dachabschluss bedingte.

## **Baubeschreibung**

Das Marler Rathaus befindet sich auf einem langgestreckten Grundstück, das von Südwesten nach Nordosten verläuft.

Der Ratstrakt (A) und der Bau der „Obersten Organe“ (B) sind im Westen angeordnet. Der oberhalb des Kellers zweigeschossige Ratstrakt/Sitzungstrakt (A) wird von einem rund 60 Meter weit gespannten Faltwerk aus Spannbeton stützenfrei überdacht. Sieben V-förmige Falten erheben sich jeweils 3 Meter hoch und ergeben eine Breite von 28 Metern.

Das dergestalt modellierte, spannbewehrte Dach ruht an den Schmalseiten(!) auf Wänden, die in gleicher Weise als Faltenscheiben gebildet werden. Die Faltwände verjüngen sich im unteren Teil zu schmalen Fußpunkten, die auf je einem Unterzug ruhen, der – unterhalb des Bodenniveaus - seinerseits angesichts vorhandener und noch zu erwartender Bergschäden beweglich gelagert ist. Die Sichtbetonkonstruktion wurde auf der Dachoberseite mit Kupferplatten bekleidet.

Vom Creiler Platz aus führt eine seitlich angeordnete Freitreppe unter dem Dach als Hauptzugang zum Obergeschoss mit Empfangshalle samt Nebenräumen, Ratssaal im Osten und zwei weiteren Sälen, in denen das verkleidete Dach zugleich den oberen Raumabschluss darstellt. Das mit großen, nur im unteren Abschnitt unterteilten Glasflächen bewusst transparent gestaltete Obergeschoss ist mittels schlichter Stützen aufgeständert und wird auf der Platzseite vollständig von einem Balkon umzogen. Durch dieses im Rathausbau nicht unbekanntes Motiv werden einerseits die Sitzungssäle miteinander verbunden und andererseits zugleich ein Rettungsweg bereitgestellt.

Das niedrigere Erdgeschoss besaß deckenhohe Glaswände, so dass das Prinzip des horizontalen Glasbandes auch hier erscheint. Hier befanden sich ursprünglich das Verkehrsbüro und ein kleiner Ausstellungsraum. Später wurde eine zweite, weiter außen liegende Verglasung angebracht, wodurch Raum für das Skulpturenmuseum geschaffen wurde.

Vor allen durch die Verwendung von reichlich Glas ergeben sich spannungsvolle Durchdringungen von außen und innen. Es entsteht ein großzügiger Eindruck, nicht zuletzt weil die Faltdecke auch von innen durch Glaswände über den eigentlichen Raumwänden als Einheit wahrgenommen werden kann.

Verstärkt wird die einheitliche Wirkung durch den Bodenbelag, den Marmor „bleu cendré“ aus der Schweiz, der von außen bis in die Empfangshalle und die Säle führt. Dazu tragen auch die qualitätsvolle Behandlung des Sichtbetons (u. a. besondere Behandlung der Schalungsplatten) und die verwendeten Baumaterialien bei, so bestehen beispielsweise Wandverkleidungen aus afrikanischem Afzelia-Holz. Nur im großen Sitzungssaal bestimmen zugleich die Dach- und die Wandfaltung das Raumbild. Im Ratstrakt befindet sich noch das eigens von van den Broek und Bakema entworfene Mobiliar.

Um den Ratstrakt herum angeordnet liegt im Norden und Osten der gewinkelte L-förmige Bau (B) für die „Obersten Organe“. Der Flachdachbau greift mit seinem aufgeständerten Obergeschoss die Höhenbezüge des Ratstraktes auf, unterscheidet sich aber formal deutlich von diesen durch die marmorverkleideten Wände (Schweizer „bleu cendré“), in die überwiegend flache, liegende Fensteröffnungen eingeschnitten sind.

Im Nordwestflügel sind einige Fraktionszimmer, im Nordostflügel die Räume für den Bürgermeister und die ursprüngliche Ratsstube – heute auch ein Sitzungssaal – untergebracht. In diesem Bereich befinden sich mit Mosaik verkleidete Wände sowie holzvertäfelte Büroräume mit bauzeitlichen Büroeinrichtungen. Der Fußboden besteht aus Parkett oder Teppichboden.

Die Brücke (F) und der „Haifisch“ (G)

Um von dem Ratstrakt/Sitzungstrakt (A) und den Büros der Verwaltungsspitze (B) zu dem Zentralgebäude (C) zu kommen, benutzt man den „Haifisch“ (G), eine geschlossene Brücke über einer Stütze, bei der das Dach auf der gleichen Höhe bleibt und der Boden vom Zentralgebäude aus zum Ratstrakt hin ansteigt, wodurch sich eine trichterartige Wirkung ergibt. Er hat in der Außenkonstruktion zwei Wasserspeicher mit großen Auffangbecken. Bei diesem markanten Gebäudeteil tragen verschiedene Öffnungen zur Belichtung bei. Ein weiterer Zugang zum Zentralgebäude (C) erschließt sich über die Brücke (F).

Das Zentralgebäude (C)

Der eingeschossige, marmorverkleidete Flachdachbau erhebt sich über einem Rechteckgrundriss (100 x 46 Meter) und kragt allseitig mehrere Meter über ein souterrainartiges, niedriges und stark verglastes Untergeschoss hinaus, so dass sich der Eindruck eines schwebenden Baukörpers aufdrängt. Das umgebende Gelände wurde eingetieft und dient als Parkplatz. Der westseitige Haupteingang des Gebäudes wird durch eine Reihe von sieben kupferverkleideten Dreiecksgiebeln betont. Dahinter befindet sich ein gefaltetes Dach aus Mattglas, das für die indirekte Belichtung des Foyers sorgt.

In der äußeren Erscheinung stellt die gleiche, weißliche Marmorverkleidung in Verbindung mit bandartig gereihten Fenstern eine Ähnlichkeit zum Trakt der Verwaltungsspitze (B) her. Nur im Süden, wo die Trauzimmer des Standesamts plaziert sind, erscheinen größere Fenster. Der Bau weist zwei Innenhöfe auf, die den anliegenden Räumen durch ihre wandhohen

Verglasungen reichlich Licht spenden. Am Nordende des größeren, rechteckigen Innenhofs befindet sich die Kantine, die sich als quadratischer, voll verglaster Baukörper über das Dach erhebt.

Das Zentralgebäude ist über Brücken mit den zwei gebauten Verwaltungstürmen (D, E) verbunden. Die Brücken zu den nicht gebauten Verwaltungstürmen sind im Ansatz an der Fassade gegenüber den Sockeln (x, y) vorhanden.

Im Souterrain sind Funktionsräume untergebracht, darüber die Einrichtungen mit Publikumsverkehr. Die Büros weisen ähnliche Merkmale wie vergleichbare Räume im Trakt der Verwaltungsspitze (B) auf: umlaufende Oberlichtbänder, heller Naturstein für die Böden, Afzeliaholz für die (Schrank)Wände. Im Sanitärbereich findet Glasmosaik Verwendung.

#### Die Türme (D) (E)

Von den vier vorgesehenen Türmen wurden die beiden kleineren westlich des Zentralgebäudes erbaut. Sie besitzen oberhalb des eingezogenen, ungegliederten, 10 Meter hohen Sockels (Betonkern) 5 bzw. 7 Normalgeschosse und enden jeweils mit einem Freigeschoss unterhalb des Daches. Beim höheren Turm (E) ist das dritte Obergeschoss als Ausstellungsgeschoss mit Umgang und entsprechend zurückgesetztem Lichtband gebildet.

Die markanten Türme bestehen aus einem bis zum Dach empor geführten Betonkern (8 x 10 Meter) mit den technischen Anlagen und einem weit auskragenden Kastentragwerk (20 x 20 Meter), dem „Pilzkopf“.

Auf den je gleich gestalteten Außenseiten erscheinen frei vortretende Hängeglieder. Sie nehmen die außen wirksam werdenden Deckenlasten auf und führen sie bis zum Dach hinauf (im Inneren liegen die Geschossdecken am durchgängigen Betonkern auf). Am „Pilzdach“ wird der Kraftverlauf umgelenkt und auf den zentralen Betonkern abgeführt.

Ursprünglich sollte das Tragwerk als Stahlkonstruktion gebildet werden, doch griff man auf Stahlbetonhänger mit quadratischem Querschnitt zurück (in den oberen Geschossen zwei hintereinander). Die kräftigen Knotenpunkte zwischen Geschossbalken (auf denen die Deckenplatten liegen) und den Hängegliedern sind polygonal. Die im Vorhangprinzip ausgeführte Fassade besteht aus vorgefertigten Aluminiumteilen in Wandhöhe. Für dreifache horizontale Gliederung sorgen jeweils Brüstungsbänder (Aluminium), Fensterbänder und niedrige Oberlichtbänder (Mattglas).

Das Dach – ein quadratisches, räumliches Kastentragwerk – ist oberseitig in gegeneinander geneigte Dreieckscheiben gegliedert.

Zur Ertüchtigung der gesamten Tragkonstruktion wurde in den 1980er Jahren eine zusätzliche Innenkonstruktion errichtet, die das alte Prinzip der Lastabtragung aufgreift. Sie wird außen lediglich an den unteren Verankerungen und im Freigeschoss sichtbar. Da die neue Trägerlage über das Dach geführt werden musste, wurde hier eine vollständige Kupferabdeckung vorgenommen. Ihr allseitig zurückliegender, horizontaler Abschluss bewirkt ein deutlicheres Hervortreten der Form der ursprünglichen Randträger aus Beton, die entsprechend des Kräfteverlaufs von der Mitte zu den jeweiligen Ecken hin ansteigend ausgeführt sind. Im Inneren wurden die einzelnen Büroräume – meist 14 pro Geschoss – durch die neuen Hängesysteme partiell durchschnitten.

Das Zusammenspiel zwischen vertikalen und horizontalen Elementen und zwischen den unterschiedlichen Materialien Sichtbeton (Sockel, Dach, Hängeglieder), Aluminium und Glas verleiht den Gebäuden einen ästhetischen Reiz, der durch die ablesbare Hinzufügung der Kupferabdeckung nicht wesentlich reduziert wird.

#### Das Baubüro (I)

Nordwestlich des Rathausgebäudes befindet sich das Baubüro, ein zweigeschossiges Gebäude, das in Vorbereitung zum eigentlichen Bau errichtet wurde und bei dem daher die Anfertigung der senkrechten tragenden Stahlbetonsäulen erprobt wurde. Die Knotenpunkte sind hier nicht achteckig, sondern noch vierseitig. Das Erdgeschoss ist wandhoch verglast.

Die Außenanlagen (H) und die Grünanlage (J)

Der Creiler Platz, südöstlich des Ratstraktes (A) wurde mit Beton- und Waschbetonplatten belegt. Dort befinden sich zwei Wasserbecken, in einem steht eine kubische Uhr in einem mehrteiligen Stahlgerüst. Zur Platzgestaltung der Bauzeit gehören ferner vier Pflanzbeete mit geböschter Pflasterung und vier jeweils gruppiert angeordnete Betonbänke und Lichtsäulen, die mit Glasmosaiken verkleidet sind. Jeder Gruppe ist eine Farbe zugeordnet. Das eingetiefte Parkplatzgelände, unterhalb des Zentralgebäudes (C), ist in weiterem Abstand von Betonmauerzügen (H) mit aufgesetzten Pflanzkübeln und Lichtbändern in Form eines liegenden S umgeben.

Die Sockel der nicht ausgeführten Verwaltungstürme (x, y) stoßen z. T. an diese Mauerzüge an. Zwischen dem Ratstrakt (B) und der Einfriedungsmauer nordöstlich davon, besteht eine original überlieferte Grünfläche (J) mit Baumbestand aus der Erbauungszeit und den beiden Wasserauffangbecken des „Haifisches“ (G).

Der Rathauskomplex ist *bedeutend für die Geschichte des Menschen, hier die Geschichte des Menschen in Marl*, weil es den ökonomischen Aufstieg sichtbar dokumentiert. Der Rathauskomplex macht die Suche nach einer integrativen Mitte („Identifikationszentrum“), die aus dem Zusammenwachsen der verschiedenen Ortsteile notwendig wurde, anschaulich. In seiner Dimensionierung und Konzeption spiegelt sich zudem der rasante Bevölkerungsanstieg Marls – und letztlich auch seine Stagnation wieder.<sup>2</sup> Darüber hinaus kündigt seine Planungs- und Baugeschichte von der geistigen Haltung der Verantwortlichen, die in einer optimistischen Grundstimmung bedingungslos der architektonischen Moderne in Form und (innovativer) Konstruktion verpflichtet war.

<sup>2</sup> Siehe hierzu „Zur Geschichte der Stadt Marl“

Christoph Neubauer, Marl, in: Städte und Gemeinden in Westfalen 8. Die Emscher-Lippe-Region. Stadt Bottrop. Stadt Gelsenkirchen. Kreis Recklinghausen. Münster 2002. S. 183 – 199

Der Rathauskomplex ist *bedeutend für Städte und Siedlungen, hier für die Stadt Marl*, weil er der letzte Bau in der sog. Grünen City ist und dort, wo kulturelle und soziale Institutionen dominieren, gleichsam die Stadtkrone mit entsprechender stadtbildprägender Wirkung darstellt. Der Komplex des Rathauses bildet den Endpunkt in dem Stadtentwicklungsplan von 1925 und dem Leitplan aus den 1950er Jahren. Siehe hierzu auch die Ausführungen im obigen Abschnitt „Stadtentwicklungsplanung“.

Der Rathauskomplex ist *bedeutend für die Entwicklung der Arbeits- und Produktionsverhältnisse, hier für die Arbeitsverhältnisse innerhalb der Stadtverwaltung und der politischen Gremien in der Stadt Marl*. Je nach Funktion hat jede Institution eigene, charakteristische Gebäude: Um die repräsentativen Sitzungsräume im Ratstrakt (A) gruppieren sich die Spitzenvertreter der kommunalen Verwaltung im anschließenden L-förmigen Trakt für die „Oberen Organe“ (B). Der Publikumsverkehr konzentriert sich in dem großzügigen eingeschossigen Verwaltungsbau (C), an den die Türme (D, E) mit den Büros der Stadtverwaltung anschließen. Beachtlich ist die Konzeption der Wegeführung, wozu auch gehört, dass die Arbeitsräume oberhalb der Verkehrsflächen angeordnet sind, um störungsfreies Arbeiten zu gewährleisten.

*Für Erhaltung und Nutzung des Rathauskomplexes liegen wissenschaftliche, architekturgeschichtliche und bautechnische Gründe vor.* Konzipiert wurde die Anlage von dem renommierten Architektenbüro Johannes Hendrik van den Broek & Jacob Berend Bakema, Rotterdam, das in seinem Werk explizit den Begriff der „offenen Gesellschaft“ ansprach und in der Formensprache der Moderne konsequent umsetzte. Dieses Büro hatte die nicht minder hochkarätig besetzte Jury in einem internationalen Wettbewerb überzeugt. Insofern liegen auch baukünstlerische Gründe für den Erhalt des Rathauses in Marl vor.

Nicht nur die gelungene, spannungsreiche Verteilung der Baukörper und -massen beeindruckt, es sind zudem die aufwendige Gestaltung sowie der großzügige Eindruck der umbauten, oft teilgeöffneten Räume.

Die Bauten des Rathauses stehen im Hinblick auf bautechnische Aspekte auf der Höhe der experimentierfreudigen Zeit, bezogen auf einzelne Lösungen müssen sie gar als Avantgarde bezeichnet werden. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, dass gewagte Neuerungen später ertüchtigt bzw. ergänzt werden mussten.

Gleich an mehreren Bauteilen wurden die technischen Möglichkeiten von Stahlbetonkonstruktionen demonstriert: Dies gilt für die freie und extrem weit gespannte Wand- und Dachkonstruktion in Faltbauweise über dem Sitzungstrakt, wobei zusätzlich den besonderen Unwägbarkeiten des Untergrundes entgegen getreten werden musste. In gleichem Maße hatte dies bei der komplizierten Konstruktion der Türme zu geschehen. Hier war mit der außen sichtbaren Aufhängung der Geschosse an einen inneren Betonkern ein Aufsehen erregendes Novum in Europa gegeben. Ein erster Nachfolgebau in Hängebauweise entstand in der Bundesrepublik Deutschland mit dem elfgeschossigen Finnlandhaus des Büros Hentrich & Petschnigg 1964-1966 in Hamburg. Insofern zeichneten die Marler Rathautürme auch den Weg für die bekannteste und größte Hängekonstruktion Deutschlands, das BMW-Hochhaus in München (1970-1973, Büro Karl Schwanzer) vor. Ungeachtet der vergleichsweise überschaubaren Zahl von Häusern in Hängebauweise ergab sich angesichts der Türme in Marl und andernorts, z. B. dem 1964/65 in Rotterdam mit Innenaufhängung erbauten Overbeek-Turm (F. U. Verbruggen und P. R. Goldschmidt, Amsterdam) in den frühen 1960er Jahren eine intensive Fachdiskussion um das Für und Wider dieser Bauart. Die baulichen Mängel, die bei dem Prototyp der Hängebauweise auftraten, wurden in solcher Weise behoben, dass insbesondere das äußere Erscheinungsbild nur punktuell und damit unwesentlich beeinträchtigt wurde.

Die Türme in Marl besitzen ferner sehr frühe Vorhangfassaden bezogen auf den deutschsprachigen Raum.

Insgesamt zeichnet sich der Rathauskomplex durch eine sorgfältige, elegante Gestaltung aus, die sich auch in der Materialwahl niederschlägt. Seinem konzeptionellen Ansatz folgend, führte das Entwurfsbüro die Planungen bis in die Details (z. B. Möbel und Schilder) aus.

*Für Erhaltung und Nutzung liegen wissenschaftliche, hier städtebauliche Gründe vor. Nördlich der Hervester Straße/Josefa-Lazuga-Straße/Bergstraße sind die stadtplanerischen Ideen, die auf Günther Marschall zurückgehen und deren Ausführung in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg stattfand, nach wie vor hervorragend ablesbar. In den 1970er Jahren wurde südlich dieses Straßenverlaufs eine vollkommen andere Weiterentwicklung der Stadt vorgenommen. Beide setzen sich deutlich voneinander ab. Für die ältere Stadtplanungsphase stellt der Rathauskomplex den Höhe- und Endpunkt dar. Auf seine prägende Wirkung im Stadtbild wurde bereits oben hingewiesen.*